

**Rechtsextremismus:
Ursachen und Gegenstrategien**

**Nur ein
stummer Schrei
nach Liebe?**



**Dokumentation der gleichnamigen Veranstaltung
vom 12.12.1998 in der FU Berlin**

mit Beiträgen von:

**Burkhard Schröder, Christoph Butterwegge, Birgit
Rommelspacher und der Antifaschistischen Aktion Berlin**

»Deine Gewalt ist nur ein stummer Schrei nach Liebe
Deine Springerstiefel sehnen sich nach Zärtlichkeit
Weil Du Angst vorm Schmusen hast, bist Du ein Faschist
Ouohoh arschloch!«
(Die Ärzte)

BLÖDSINN muß man sich viel anhören, doch bei kaum einem Thema wird er in derartigen Mengen verbreitet wie bei der Frage nach den Ursachen des Rechtsextremismus: »Modernisierungsverlierer«, »desintegrierte Jugendliche«, »Erziehungswaisen« sind die Etiketten, mit denen im herrschenden Diskurs jene bedacht werden, deren erstes Lebensziel darin besteht, jeden greifbaren Farbigen an der nächsten Laterne aufzuknüpfen. Einen »verzweifelten Hilferuf ohnmächtiger Jugendlicher« will man erkannt haben, psychologisch inspirierte sprechen gar von einer »neuen vaterlosen Generation«. Und die politische Rechte macht wahlweise den antiautoritären Erziehungsstil der 68er oder die autoritäre Erziehung in der DDR für den Hang zu rassistischen Pogromen verantwortlich.

AUFKLÄRUNG TUT NOT, und ist nicht zuletzt im Interesse der Antifa-AktivistInnen. Schließlich ergeben sich erst aus der Analyse der Ursachen und Entstehungsbedingungen faschistischer Bewegungen Gründe, Strategien und Ausrichtung des eigenen, antifaschistischen Engagements.

Diese Broschüre, die Auszüge aus einer Podiumsdiskussion dokumentiert, die im Dezember 1998 an der Freien Universität Berlin stattgefunden hat, soll dazu einen Beitrag leisten.

An der Debatte nahmen teil:

Prof. Christoph Butterwege und **Prof. Birgit Rommelspacher**, beide lange Jahre mit der wissenschaftlichen Erforschung des Rechtsextremismus beschäftigt, der **Journalist Burkhard Schröder**, Autor des Buches »Im Griff der rechten Szene. Ostdeutsche Städte in Angst«, sowie ein **Vertreter der Antifaschistischen Aktion Berlin**. Referiert und gestritten wurde über die Kritik an den oben geschilderten Erklärungsmodellen, über die Bedeutung des Rassismus und des Kapitalismus für das Aufkommen des braunen Mobs, über die Verantwortung der Eliten und ihrer Politik, über die Frage, ob und warum die Situation in Ostdeutschland besonders kraß ist, und nicht zuletzt und schon gar nicht am wenigsten über die Art und Weise, wie den rechten Schlägern am besten entgegengetreten werden sollte.

»Beat on the brat
with a baseball-bat!«
(The Ramones)



Moderation: Herr Butterwege, diese Leute, die Menschen mit schwarzer Hautfarbe aus der S-Bahn werfen, kann man denn sagen, dies sind Opfer einer Risikogesellschaft, oder protestieren die gegen irgend etwas?

Butterwege: Ich selber beschäftige mich wissenschaftlich sehr intensiv mit dem Thema seit etwas über zehn Jahren. Anlaß war, daß 1987 in die Bürgerschaft von Bremen, wo ich damals wohnte, zum erstenmal seit zwanzig Jahren ein Rechtsextremist von der DVU einzog. Mir ist in den letzten Jahren aufgefallen, daß sich die Erklärungsmuster, zum Beispiel es handle sich um einen »stummen Schrei nach Liebe«, wiederholen. Es gibt gewissermaßen eine Systematik, daß die Gesellschaft mit solchen Deutungsmustern, die in der Öffentlichkeit und in den Medien kursieren, etwas macht, was zunächst einmal mit dem Rechtsextremismus selber gar nicht viel zu hat. Sie verständigt sich nämlich über sich selber. Es wird versucht, sich selber zu entlasten, es wird ein Alibi aufgebaut, es wird abgelenkt vom eigenen politischen Versagen. Das heißt, der Rechtsextremismus und die Diskussion darüber erfüllen eine bestimmte Funktion gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung.

Folglich sind diese Deutungsmuster kritisch darauf abzufragen, welche Interessen sich dahinter verbergen.

Ich will in der gebotenen Kürze versuchen, sechs dieser Deutungsmuster herauszuarbeiten. Drei davon haben in der alten Bundesrepublik vor 1989/90 eine Rolle gespielt, und weitere drei sind neueren Datums.

Es begann nach 1945 damit, daß man sich überhaupt nicht mit dem Problem beschäftigte. Das Thema »Faschismus, Rechtsextremismus« wurde in der BRD in den 50er Jahren tabuisiert, bis eine Auseinandersetzung damit sich nicht mehr umgehen ließ. Anlaß waren von Konrad Adenauer als »Flegeleien« verharmloste Aktionen gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland, besonders auch in Köln, wo die Synagoge geschändet wurde. Diese Aktivitäten, die im Ausland um die Wende von den 50er zu den 60er Jahren große Aufmerksamkeit fanden, mußten nun gedeutet werden. Man mußte sich vor sich selber rechtfertigen und gegenüber dem Ausland. Man tat dies, indem man dieses Problem des Rechtsextremismus, des Rassismus, des Antisemitismus in die Vergangenheit verbannte. Das Argumentations- und Erklärungsmuster für diese Übergriffe hieß, es handle sich um »Unbelehrbare«, um »alte Nazis«, die da



Christoph Butterwege:

»In letzter Konsequenz ist Rassismus auf die Konkurrenz zurückzuführen.«

ihren Ungeist weiter verspritzt hätten. Damit wurde so getan, als habe die bundesrepublikanische Gesellschaft damit gar nichts zu tun, obwohl es sich um rechte Jugendliche handelte. Es sei etwas, was eigentlich erledigt sei und sich biologisch endgültig erledigen würde, wenn die alten Nazis aussterben.

Das zweite Deutungsmuster, das eine große Bedeutung erlangte und das gegenwärtig eine Renaissance erfährt, ist die Totalitarismustheorie oder die Extremismustheorie - also die Gleichsetzung von links und rechts außen, von Rot und Braun, von Faschismus und Kommunismus. Was jetzt im Anschluß an das »Schwarzbuch des Kommunismus« in den Medien und in der Öffentlichkeit wieder soviel Aufmerksamkeit findet, war auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges in den 50er Jahren die dominante Erklärungsvariante für Rechtsextremismus. Es wurde gesagt, die Extreme schaukelten sich gegenseitig hoch und in der Mitte stünden völlig unschuldig die Demokraten. Dem

könne nur Einhalt geboten werden durch den Ausbau des Verfassungsschutzes und durch das Hochhalten der Demokratie in der politischen Bildung ihrer Institutionen. Mit der Totalitarismustheorie schob man das Problem wieder weg: Mit der Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus, von Hitler und Stalin, später dann in den 90er Jahren von Saddam Hussein und Hitler - was angesichts der Kriegereignisse gegenwärtig wieder ein ganz aktuelles ideologisches Muster ist - verband man, daß der eigentliche Feind der Rote sei, der in den 50er und 60er Jahren in der Sowjetunion und in der DDR eine Staatsmacht besaß, die zu bekämpfen war. Wohingegen der Nationalsozialismus ja seine Bastion in Gestalt des Hitlerischen Deutschen Reiches 1945 verloren hatte. Das Angenehme für die Gesellschaft der Bundesrepublik an der Totalitarismustheorie war, daß man den neuen Feind um so fester ins Visier nehmen konnte - nämlich den Kommunismus -, als man den alten zwar mit ihm gleichsetzte, aber zu erkennen gab, daß der Nationalsozialismus mit dem 8. Mai 1945 von der Bildfläche verschwunden sei.

Das dritte Deutungsmuster, das nach den ersten Erfolgen der NPD in den 60er Jahren um sich griff, war das, was der Kölner Soziologe Scheuch in den Begriff einer normalen Pathologie westlicher Industriegesellschaften kleidete. Er sagte, es sei falsch, den Blick nach hinten zu richten und auf den Nationalsozialismus zu schauen. Der Vergleichsmaßstab für die BRD müßten die anderen westeuropäischen und westlichen Industrieländer sein. In einem Aufsatz von 1967 stellte er fest, daß es auch in anderen hochentwickelten, kapitalistischen und demokratisch verfaßten Ländern rechte Parteien, eine rechte

Stimmung und ein ultrarechtes Gedankengut gab. Die Schlußfolgerung daraus war, daß offensichtlich freiheitliche Industriegesellschaften diesen Preis, daß sich an ihrem rechten Rand ein brauner Bodensatz bildet, zahlen müßten. Auch das war ein Erklärungsmuster, das die BRD entlastete. Denn wenn das eine Normalität war, wenn auch eine pathologische, also eine krankhafte, dann konnte man dagegen nichts tun und dann mußte man im Grunde auch nichts dagegen tun.

Die drei neueren Argumentationsmuster, die ich nennen will, sind ab 1990/91 insbesondere nach den pogromartigen Überfällen in Hoyerswerda, in Rostock-Lichtenhagen und nach der Ermordung von Türkinen in Mölln und Solingen entstanden. Diese Deutungsmuster des Rechtsextremismus bezogen sich sehr stark auf jugendliche rechte Gewalt. Das einflußreichste Deutungsmuster stammt sicherlich vom Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer, der Anfang der 90er Jahre Rechtsextremismus bei Jugendlichen zurückführte auf das Entstehen der modernen »Risikogesellschaft«, auf den Modernisierungs- und Individualisierungsprozeß, auf das Zerfallen von Milieus, die Jugendlichen bis dahin angeblich Halt gegeben hatten. Seiner Meinung nach würden Vereinzelungserfahrungen, Handlungsunsicherheiten und Ohnmachtsgefühle in einer Gesellschaft, die zur Desintegration neige, dazu führen, daß Jugendliche nach rechts tendieren. Das war natürlich weniger eine Erklärung des Rechtsextremismus als eine Entschuldigung der Täter. Es war auch hier wieder das Argument vorhanden, daß Jugendliche den Rechtsextremismus und solche Gewalttaten nicht als politischen

Akt begingen, sondern weil sie verunsichert und desorientiert seien. Damit wurde gleichzeitig bescheinigt, daß es welche vom Rande der Gesellschaft seien, dagegen die etablierte Mitte der Republik - also das Machtzentrum der BRD, die Eliten, die nationalen Führungskräfte - nichts damit zu tun hätten. Durch dieses Deutungsmuster war erneut das Problem des Rechtsextremismus an den Rand gedrängt und von der etablierten Mehrheitsgesellschaft weggeschoben worden.

Sehr einflußreich, insbesondere in den Medien, war neben Heitmeyers Analysen des jugendlichen Rechtsextremismus ein Deutungsmuster, das sich nach den Pogromen ausbreitete und vor allem in der Medienlandschaft der BRD einschlug. Es wurde angenommen, daß sich nun jugendlicher Protest von rechts artikuliere. Also anders als 1968 mit der antiautoritären Schüler- und Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition, artikuliere sich der Generationenkonflikt, der Protest von Jugendlichen gegen die Erwachsenen generation darin, daß man Flüchtlingswohnheime anzünde und nach rechts tendiere. Auch das ist eher eine Entschuldigung und auch eine Parallele zur Totalitarismustheorie. Was auf den ersten Blick natürlich ähnlich aussieht, nämlich das Werfen eines Molotowcocktails 1968 von linken Studenten gegen das Springerhochhaus als dem Symbol der ökonomischen und publizistischen Macht in der

»Man mußte sich vor sich selber rechtfertigen und gegenüber dem Ausland. Man tat dies, indem man dieses Problem des Rechtsextremismus, des Rassismus, des Antisemitismus in die Vergangenheit verbannte.«

BRD, und das Werfen von Molotowcocktails gegen Flüchtlingswohnheime zu Beginn der 90er Jahre durch Neonazis, wurde auf eine Stufe gestellt. Weil in der Tat es auf den ersten Blick gleich aussah - Stichwort Molotowcocktails. Wenn man allerdings politikwissenschaftlich dahinterblickte, waren natürlich die Motive und die Zielrichtung ganz andere. Der Begriff Protest ist eben etwas anderes als das Artikulieren von Unmut oder das Loswerden von Frust. Protest ist - politikwissenschaftlich, nicht alltagsbegrifflich betrachtet - etwas, was sich von unten nach oben richtet. Man kann protestieren gegen die Mächtigen, gegen die Herrschenden, aber man kann nicht gegen wehrlose Flüchtlinge protestieren. (...) Das Werfen von Molotowcocktails oder das Ausüben von Gewalt gegen Flüchtlinge, gegen Schwächere, ist überhaupt nichts, was einem handfest ausgetragenen Generationskonflikt gleicht. Es ist genau das Gegenteil von Protest.

Das letzte Deutungsmuster lautet, daß wenn dieser neue Rechtsextremismus in der BRD der 90er Jahre schon nicht eine neue APO von rechts sei, dann ist wenigstens die APO schuld daran. Folglich haben die

Antiautoritären durch ihre Laissez-faire-Haltung in der Erziehung und durch ihre linken Parolen die Rechten gewissermaßen gezüchtet. Aber auch das ist empirisch nicht haltbar. Die Rechtsextremisten der 90er Jahre kamen eben nicht aus antiautoritär erziehenden Elternhäusern, sie zündeten ja auch nicht die Häuser von Studienräten an. Es waren also nicht die Kinder der APO-Generation, sondern es waren Kinder der Ära Kohl. Also Kinder dieser Gesellschaft und der Politik, die insbesondere seit 1982 in der BRD gemacht wurde. Unter dem Strich haben all diese Deutungsmuster sich zwar häufig wiederholt, aber sie haben keinerlei Erklärungswert für das, mit dem wir es hier zu tun haben.

Moderation: Frau Rommelpacher, Sie halten ja nicht so viel von den zerfallenden Milieus desorientierter Jugendlicher, von denen wir gerade eben gehört haben. Was ist es denn?

Rommelpacher: Ich kann sehr gut an dem anknüpfen, was Christoph Butterwege sagte, und möchte das noch ergänzen mit dem Alltagsdiskurs und mit psychologischen und soziologischen Forschun-

gen. Die Erklärungen zum Rechtsextremismus - ob es nun um Orientierungslosigkeit geht, um Arbeitslosigkeit, um psychische oder soziale Defizite - all diese Theorien sind sehr populär, sie sind eingängig und nachvollziehbar. Sie gehen alle von Defiziten aus, d.h. besondere persönliche oder soziale Krisen werden für den Rechtsextremismus bei Jugendlichen verantwortlich gemacht. Ich konzentriere mich dabei auf die Forschung und Diskussion über Rechtsextremismus bei Jugendlichen, weil dieser bislang am besten erforscht wurde.

Diese verschiedenen Thesen haben zwei Dinge gemeinsam: Zum einen gehen sie immer davon aus, daß hinter dem Rechtsextremismus eigentlich ein anderes Problem steht, und wenn dieses behoben ist, sich auch der Rechtsextremismus erledigt. Der zweite Punkt, den diese Theorien gemeinsam haben, ist, daß sie immer die Position von demjenigen bestätigen, der die Theorie äußert. Damit können sie sich selbst aus den Ursachenzusammenhängen von Rechtsextremismus herauszudefinieren. Wenn also die Politiker sagen, das

»eigentliche«
Problem, das
hinter dem
Rechts-

extremismus steckt ist die Arbeitslosigkeit, dann empfehlen sie sich als die Experten, die die Arbeitslosigkeit und damit den Rechtsextremismus bekämpfen. Sie legen die alten Programme neu auf und diese bekommen durch diese Argumentation ein zusätzliches Gewicht. Damit wird zugleich verhindert andere Politikbereiche wie z.B. die Asylgesetzgebung, das Staatsbürgerschaftsrecht oder rechtliche Diskriminierungen bei der Beschäftigungspolitik im Zusammenhang mit Rechtsextremismus zu thematisieren.

Oder in der psychologischen/ psychoanalytischen Forschung herrscht weitgehend Konsens darüber, daß es sich bei den Rechten um Jugendliche handelt, die aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen, die z.B. selbst viel Gewalt erfahren haben und deswegen jetzt die Gewalt den anderen gegenüber ausagieren. Da sind natürlich die TherapeutInnen die ExpertInnen, die das Problem zu lösen versprechen. Sie sind diejenigen, die eigentlich wissen, wo es langgeht ohne daß sie z.B. die eigene Mitwirkung an diskriminierenden Strukturen z.B. in der psychosozialen Versorgung ansprechen müßten. Ein weiteres prominentes Beispiel ist die These von der Orientierungs- und Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, die in der soziologischen Theoriebildung vorherrscht.

Die Gegenfrage bei all den Defizittheorien oder -thesen ist: Wenn alle Arbeit hätten, wenn alle ein stabiles familiäres Milieu hätten, wenn alle positive

*»Die
Rechtsextremisten
der 90er Jahre kamen
eben nicht aus anti-
autoritär erziehenden
Elternhäusern, sie
zündeten ja auch
nicht die Häuser von
Studienräten an.«*



Zukunftschancen hätten, wäre dann der Rechtsextremismus von der Bildfläche in Deutschland verschwunden? Oder anders gefragt, warum haben wir zum Beispiel bei deutschen Polizeibeamten, die i.d.R. ein stabiles soziales Milieu und als Beamte



Birgit Rommelspacher:

»Wenn den Rechten die Räume gegeben werden, (...), dann muß die Gegenstrategie auch sein, die Räume wieder wegzunehmen.«

eine sichere Zukunft haben, einen hohen Prozentsatz von Sympathisanten für rechte Parteien? Eine weitere Frage ist, wie kommt es, daß Studenten und Studentinnen - das zeigen die neueren Untersuchungen von Demirovic und Paul - auch in den letzten zehn Jahren nach rechts gerückt sind? Im Grunde genommen unterscheiden sich ihre Einstellungen nicht von denen der Gesamtbevölkerung. Der Unterschied bei den Studierenden zu der übrigen Bevölkerung ist nur der, daß die Studierenden selbst von sich glauben, daß sie kritischer wären. Wenn sie aber zu

Themen wie Einwanderung, Asylpolitik, Legalisierung von sogenannten Illegalen befragt werden, sind sie keineswegs toleranter als die übrige Bevölkerung. Insgesamt handelt es sich eben nicht um ein soziales oder psychosoziales Problem, sondern um ein politisches. Das ist der Kern der Kontroverse.

Wenn wir uns die empirischen Untersuchungen anschauen, so zeigen die Ergebnisse, daß es weniger darum geht, wie die Eltern ihre Kinder erziehen, sondern daß es zentral darauf ankommt, was die Eltern und das soziale Umfeld den Kindern vermitteln z.B. über das Thema Migranten und Migrantinnen, über Asylpolitik, was sie von einer multikulturellen Gesellschaft halten, welche politischen Überzeugungen sie ihren Kindern weitergeben. Denn es besteht eine erstaunlich hohe Übereinstimmung in den politischen Einstellungen zwischen Eltern und Kindern, ganz im Gegensatz zu anderen Fragen wie z.B. die der Lebensführung.

Dabei zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und denen zur Leistung, zum Materialismus, zum Egoismus und Pragmatismus; und zwar sowohl in Ost als auch in West. Auch die vorher zitierte Untersuchung von Demirovic und Paul zeigt, daß die Studierenden um so stärker nach rechts tendieren, je materialistischer sie eingestellt sind. Sie entwickeln z.B. ein Elitebewußtsein in dem Sinn, daß sie selbst die eigentliche Leistungselite sind, das heißt die Gesellschaft vorwärtsbringen, während die anderen sie nur ausbeuten wollten. Es wird vermittelt, daß das Entscheidende ist, daß man zu den Besseren gehöre und darauf ein Anrecht habe. Demgegenüber hätten die »anderen« weniger Rechte und man selbst das Recht

ihnen den Zugang zu Ressourcen, zu Ansehen und zu Status zu verwehren. Aufgrund dieser Einstellung kann sich dann schon jede/r deutsche Jugendliche brüsten darüber zu urteilen oder gar zu bestimmen, wer in dieser Gesellschaft ein Anrecht auf Leben und Anerkennung hat und wer nicht.

Das ist natürlich nicht nur eine deutsches Problem. Wir finden Rassismus und Rechtsextremismus auch in anderen Staaten, vor allem in den westeuropäischen Ländern und anderen hochindustrialisierten Staaten. Es geht hier nicht darum, die Besonderheit eines deutschen Rechtsextremismus auszumachen, denn noch ist der Rechtsextremismus hier auch Produkt der deutschen Geschichte und der politischen Kultur in diesem Land. Zugleich gibt es Übereinstimmungen mit anderen westeuropäischen Staaten, insbesondere wenn es darum geht, Westeuropa und die hochindustrialisierten Länder von dem Rest der Welt abzuschotten. Die Diskrepanz zwischen einem universalen Gleichheitsanspruch, daß alle Menschen die gleichen Rechte und die gleichen Chancen haben sollten, und einer Abschottungspolitik, die eine enorme Ungleichheit herstellt, läßt eine deutliche Legitimationslücke entstehen. Es muß irgendwie erklärt werden, wie man einerseits von Menschenrechten spricht - auch im Sinne sozialen Chancengleichheit - und andererseits die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird. Hier ist der Rassismus die passende Ideologie, die im Zuge der Moderne entwickelt wurde und die den anderen Menschen weniger Wertigkeit zuschreibt, um deren Benachteiligung oder Ausbeutung zu legitimieren.

Wenn wir auf die rechtsextremen

Jugendlichen in Deutschland zurückkommen und nach ihrem Weltbild fragen, so brauchen wir nur anschauen, wer für sie die Gegner sind. Die Gewalt richtet sich ja nicht nur gegen MigrantInnen und Flüchtlinge, sondern es geht auch gegen Behinderte, gegen Obdachlose und Sozialhilfeempfänger. Die Ideologie ist von Frauenverachtung geprägt und es geht gegen Schwule und Lesben. Hier begegnet uns also ein sozialdarwinistisches Weltbild, das Bild einer hierarchische Gesellschaft, die entweder biologisch oder durch die Leistungsideologie legitimiert wird. Letzteres heißt, daß nur diejenigen, die etwas leisten, auch das Recht haben, in dieser Gesellschaft zu leben und Anerkennung zu erfahren. In diesem Sinne ist die Leistungsideologie und in dem Zusammenhang der sogenannte Wohlstandschauvinismus eine zentrale Basis dieses rechtsextremen Gedankenguts.

Zum Abschluß will ich noch kurz auf die Unterschiede zwischen Ost und West eingehen. Denn zumindest aus der Sicht der Westdeutschen sieht es so aus, als ob der Rechtsextremismus sich hauptsächlich im Osten festgesetzt hätte und der Westen sich weitgehend entlasten könnte. Wenn wir die empirischen Untersuchungen anschauen, stellen wir fest, daß direkt nach der Wende der Rechtsextremismus in Ostdeutschland sehr viel höher war als im Westen. Im Laufe der Jahre hat er sich aber in etwa auf

»Die Gegenfrage bei all den Defizittheorien oder -thesen ist: Wenn alle Arbeit hätten, wenn alle ein stabiles familiäres Milieu hätten, wenn alle positive Zukunftschancen hätten, wäre dann der Rechtsextremismus von der Bildfläche in Deutschland verschwunden?«

einem ähnlichen Niveau eingependelt wie im Westen, nämlich auf ein Potential von 15 bis 20 Prozent rechtsextremer Jugendlicher. Einige Untersuchungen kommen zu dem Schluß, daß im Osten die Zahlen etwas höher liegen. Es gibt aber nicht diese große Diskrepanz, wie sie im Alltagsdiskurs angenommen wird, daß im Osten überall die Rechten wären, während das im Westen nicht der Fall sei. Einen sehr großen Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen gibt es aber bei der Gewaltbereitschaft, die im Osten mindestens doppelt so hoch ist, weshalb sich der Rechtsextremismus dort auch sehr viel schneller in Gewalt umsetzt.

Es gibt viele Gründe dafür, warum die Gewaltbereitschaft im Osten sehr viel höher ist als im Westen. Zunächst muß jedoch gesagt werden, daß die Gewaltbereitschaft in Deutschland im Vergleich zu



anderen Ländern überhaupt sehr hoch ist. Das hat sicherlich mit einem mangelndem Vertrauen in das politische System in der BRD, mit einer mangelnden Demokratietradition zu tun. Denn wenn das Vertrauen in das politische System fehlt, ist man schnell geneigt zu glauben, daß man die Sache selber in die Hand nehmen müsse und zuschlagen anstatt auf demokratische Prozesse zu vertrauen. Dieses Mißtrauen in das politische System und auch in die Möglichkeit demokratischer Konfliktregelungen ist natürlich im Osten noch bedeutend höher als im Westen. Eine Großzahl der Bevölkerung im Osten empfindet sich als Bürger zweiter Klasse.

Der zweite Unterschied zwischen der Situation in Ost- und Westdeutschland ist, daß in Ostdeutschland der Rechtsextremismus stärker in der Bevölkerung verankert ist. Zwar gibt es auch im Westen viele Übereinstimmungen zwischen sozialem Umfeld und den rechtsextremen Einstellungen der Jugendlichen. Aber wie Bernd Wagner argumentiert, sind im Osten Rostock und Hoyerswerda am helllichten Tag passiert, während die Anschläge in Solingen und Mölln in der Nacht verübt wurden sind. Das heißt im Osten konnten sich die Jugendlichen im Unterschied zum Westen der Unterstützung der Bevölkerung mehr oder weniger sicher sein.

Zudem gibt es sicherlich auch viele Gründe, die in der Geschichte der DDR liegen, wo die Rechten auch schon vor der Wende ein Stück Systemopposition verkörpert haben. Der entscheidende

Punkt ist, daß der Rechtsextremismus im Osten vielmehr mit Protest gegen das politische System aufgeladen ist, als das im Westen der Fall ist. Im Westen sind es die Einstellungskomplexe von Wohlstandschauvinismus und wirtschaftlicher Dominanz sowie die Identifikation mit der Leistungsgesellschaft, die durch die Vereinigung einen enormen Dominanzschub erlebt haben. Denn der Westen ist in seinem Wirtschaftssystem und in seiner gesellschaftlichen und politischen Ordnung bestätigt worden. In Westdeutschland steht sehr viel mehr die forcierte Identifikation mit dem System im Vordergrund, während im

Osten es sehr viel eher gegen »die in Bonn«, gegen das kapitalistische System, gegen die Überfremdung durch die Amerikaner usw. geht. Hier ist der Rechtsextremismus im Sinne eines völkischen Antikapitalismus auch als ein Protest gegen die Dominanz des Westens anzusehen.

Zum Schluß kurz noch die Frage, welche Gegenstrategien sinnvoll sind. Ich denke, man darf das Problem nicht auf soziale und psychologische Problemstellungen verschieben, sondern man muß sich bewußt der politischen Auseinandersetzung stellen. Dieser wird häufig ausgewichen, wie das z.B. bei der »akzeptierende Sozialarbeit« geschieht, in der die SozialarbeiterInnen sich eben nicht der politischen Debatte stellen. Ich erlebe selbst in der Ausbildung an unserer Hochschule, wieviel Angst und Scheu davor besteht, in diese Diskussion hineinzugehen. Ich denke, daß das natürlich auch

etwas damit zu tun hat, welcher Standpunkt an den Hochschulen vermittelt wird, und daß hier oft soziologische und psychologische Diskurse dominieren und so politische Auseinandersetzungen vermieden werden.

Moderation: Herzlichen Dank Birgit Rommelspacher. Burkhard Schröder, der Untertitel ihres Buches lautet

»Ostdeutsche Städte in Angst«. Vor was haben die denn da Angst, vor Neonazis oder vor Ausländern?

»Hier ist der Rassismus die passende Ideologie, die im Zuge der Moderne entwickelt wurde und die den anderen Menschen weniger Wertigkeit zuschreibt, um deren Benachteiligung oder Ausbeutung zu legitimieren.«

Schröder: Das ist schwer zu beantworten, ich denke eher vor dem Zweiten. Das Problem

ist, daß obwohl es in der Empirie nicht so aussieht, es im Osten anders ist. Das hat Gründe, die zum Teil zwanzig Jahre zurückgreifen, weil auch der Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern eine über zwanzigjährige Geschichte hat. Ich kann etwas zum Thema sagen, weil ich unter anderem dort lebe und ununterbrochen dort Vorträge in Schulen halte. Was man dort erlebt, ist so etwas wie Feldforschung, was Empirie sehr gut ersetzen kann.

Ein paar Beispiele: Das Gymnasium in Taucha bei Leipzig, da sitzen achtzig Schüler der zehnten Klassen und vorne sitzen wie selbstverständlich zwei Reihen uniformierter Glatzen mit Gauaufnehmern. Das sind in der Regel die klugen Schüler, die sich für Geschichte interessieren, sagen die Lehrer, womit sie recht haben. Oder das Gymnasium in Zittau, da waren auch nur zehnte Klassen, die ganze Aula war voll und keiner der Schüler sah so aus, wie sich die Journalisten Rechte vorstellen.

Also keine Bomberjacken, zum Teil sogar Rastalocken, aber die Hälfte der Schüler sagt: Selbstverständlich, ich bin Nationalsozialist. Da ist die linke Szene äußerlich gar nicht mehr vorhanden, weil der Mainstream anders ist. Das heißt nicht, daß alle Leute wirklich rechts sind, aber man staffiert sich von vornherein so aus, daß man nicht als Linker geoutet wird. Ein Lehrer in der Mittelschule sagt: Wer in der neunten oder achten Klasse sich als links outet, der wählt damit die soziale Isolation, weil es einfach »in« ist, rechts zu sein.

Man muß dazu sagen, und das hat Birgit auch schon angesprochen, daß die Jugendlichen sich keinesfalls sehr stark in der Opposition zur Gesellschaft befinden. Im Gegenteil, auch

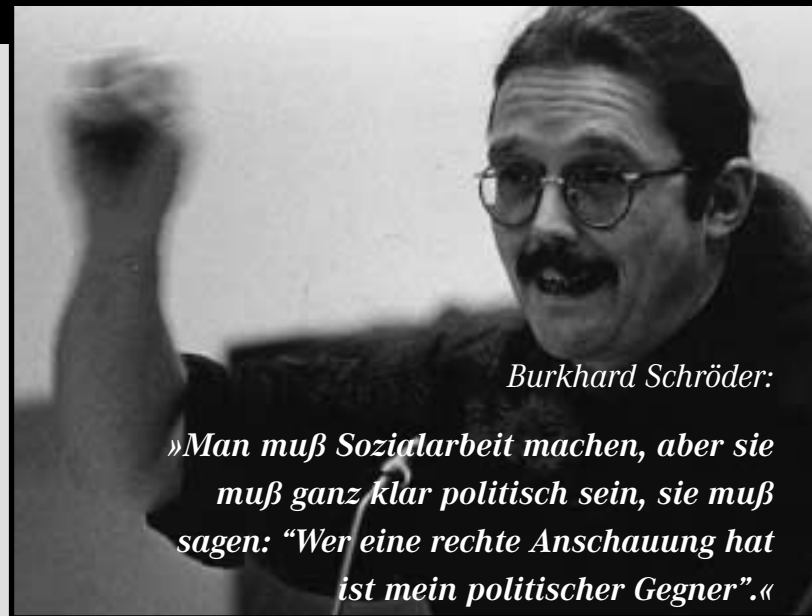
die sogenannten Faschos - das ist ein authentisches DDR-Wort - in der DDR Mitte der 80er Jahre empfanden sich nicht als Systemopposition, was die Werte der Gesellschaft anging. Die DDR-Faschos verkörperten nämlich idealtypisch die sekundären deutschen Geschlechtsmerkmale: Ordnung, Disziplin, Sauberkeit und Fleiß. Das ist heute immer noch so. Insofern hatten sie immer ein höheres gesellschaftliches Ansehen, auch wenn sie ab und zu mal »Gruftis klatschen« gingen, als jemand der einen negativ dekadenten Irokesenhaarschnitt hatte und unangenehm auffiel, weil er sich der deutschen Arbeitsethik verweigerte. Das führt dazu, daß sich in vielen Städten der neuen Bundesländer in den letzten zehn Jahren eine Normalität herausgebildet hat, die ich als eine Hegemonie rechter Werte bezeichnen würde. Aber die Leute, die diese Werte vertreten, sehen diese als völlig normal an. Wenn ich dann mit der Nazikeule komme und sage, in meinen Augen bist du ein Rassist und Antisemit, dann sagt der Fünfzehnjährige zu mir: Ne, wieso denn, ich bin doch völlig normal. In Zittau stand einer auf und sagte: Ich bin kein Rassist, Herr Schröder. Ich bin ein Nationalsozialist.

Das Problem ist auch anders als im Westen, weil im Osten die Kapitalismuskritik im nationalen Gewande daherkommt. Das zeigt sich auch in der Agitation und Propaganda der NPD, denn hier geht es primär um das Ideal des Sozialismus, was auch immer das heißt. Die NPD macht in Thüringen Wahlplakate: »Sozialismus ist machbar«. Vor zwanzig Jahren hätte man »Herr Nachbar« dazugesetzt und hätte gedacht, daß ist ja bestimmt ein Linker. Und im Kleingedruckten steht dann, daß es natürlich

ein nationaler Sozialismus sein muß, und zu Risiken und Nebenwirkungen fragen wir unsere Geschichtsbücher. Deswegen ist der Unterschied zwischen den Generationen häufig gar nicht, noch nicht mal in der Wahl, existent.

Nach den Jungen kommen wir jetzt zu den Alten. Denn wir wissen, daß über 90 Prozent, also die überwiegende Anzahl der Jugendlichen, die politische Meinung ihrer Eltern vertreten. Vielleicht ein bißchen radikaler, aber da ist kein großer Unterschied. Das ist auch die Erfahrung, die ich mache, wenn ich Lehrer- und Sozialarbeiterfortbildung gebe. Im Westen artikuliert sich ein rassistisches Vorurteil anders als im Osten. Die Wessis haben einen anderen Code, die wissen genau, das darf ich so nicht sagen. Im Osten dagegen sagen Vierzehnjährige ganz klar: Neger sind scheiße. Die trauen sich das. Aber wenn man die richtigen Fragen stellt, kriegt man auch die richtigen Antworten. Ich war vor zwei Wochen in einem Gymnasium in Radeberg. Da steht die Lehrerin vor der zehnten Klasse Sozialkunde und sagt vor der gesammelten Schülerschaft: Aber man kann doch nicht so viele Ausländer nach Deutschland reinlassen. Sie outete sich als bekennende PDS-Wählerin. Ist gar kein Widerspruch.

Dieses rechte Milieu setzt sich aus verschiedenen Segmenten zusammen, die beliebig variierbar sind. Das Outfit ist ein



Burkhard Schröder:

»Man muß Sozialarbeit machen, aber sie muß ganz klar politisch sein, sie muß sagen: «Wer eine rechte Anschauung hat ist mein politischer Gegner».«

Segment dieses Milieus, muß es aber nicht sein, es gibt auch langhaarige Nazis. Zweites Segment ist der Musikgeschmack, der wichtigste Transmissionsriemen rassistischer Vorurteile und vor allen Dingen auch antisemitischer Vorurteile, das darf man nie vergessen. Wenn die lieben Kleinen in Wurzen auf dem Marktplatz zusammenkommen, zitieren sie eine Zeile aus einem Stück der Band »radikahl«: »Wir scheißen auf die Freiheit des Judenstaates«. Wer mir das aus fehlenden Lehrstellen erklärt, der kriegt gleich den Nobelpreis. Also der Musikgeschmack ist ein wichtiges Element, heißt aber an sich auch nichts. Weil wir genau wissen, wenn eine Band indiziert wird, fördert das den Verkauf.

Drittes Element ist die Freizeitgestaltung. Es ist nicht die Regel, daß Nazis über die Straße laufen und gucken, wo sind meine Feinde; die Mehrzahl macht das vielleicht am Wochenende und ist von Montag bis Freitag ein ganz normaler, unauffälliger Bürger. Von den 6 000 beken-



nenden Nationalsozialisten in Deutschland, von denen zwei Drittel gelernte DDR-Bürger sind, sind ungefähr nur 10 Prozent arbeitslos, was auch die Empirie von Birgit Rommelspacher bestätigt. Die Affinität zu rassistischem, antisemitischem Gedanken-gut ist am höchsten bei männlichen Facharbeitern, was auch ein Argument gegen die Arbeitslosentheorie ist. Denn wenn die Arbeitslosigkeit was damit zu tun hätte, wären die Nazis wahrscheinlich

Frauengruppen.

»Das führt dazu, daß sich in vielen Städten der neuen Bundesländer in den letzten zehn Jahren eine Normalität herausgebildet hat, die ich als eine Hegemonie rechter Werte bezeichnen würde.«

Das letzte Segment dieses rechten Milieus ist das Wahlverhalten, was aber nicht sehr aussagekräftig ist. Die Städte, über die ich zum Beispiel in meinem letzten Buch geschrieben habe, sind zum Beispiel was die politische Situation angeht völlig unterschiedlich.

Da gibt es eine Hegemonie der SPD, die zweitgrößte Partei ist die PDS, und die rechte Szene ist riesengroß. In Schwedt zum Beispiel spiegelt sich die rechte Szene auch nicht im Wahlverhalten wider, lediglich ein paar versprengte DVU-Stimmen, aber sonst nichts. Und das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt bestätigt nur das, was bereits 1981 im Westen die Sinus-Studie sagte, daß nämlich 13 Prozent der Westdeutschen ein rechtsextremes Weltbild haben.

Insofern ist der Osten normal geworden. Normal ist aber nicht, daß es zum Beispiel für einen Afro-Deutschen gefährlich ist, mit einer blonden Freundin vor dem Jugendzentrum in Wurzen spazieren

zu gehen, normal ist nicht, wenn in diesem Kaff von 15.000 Einwohnern sich 200 Jugendliche versammeln, um in München gegen die Wehrmachtsausstellung zu protestieren.

Das Problem ist nicht so etwas wie Rechtsextremismus, sondern das Problem ist, daß rassistische Vorurteile immer eine Option in dieser Gesellschaft waren und es immer bleiben werden. Eine Option, die die Gesellschaft in den Augen der Rassisten hinreichend erklärt. Das ist ein Welterklärungsmodell. Das funktioniert wie Religion. Insofern ist es nicht mit Argumenten wegzukriegen. Ich kann nicht als Lehrer glauben, ich mach jetzt mal wunderbaren Sachunterricht und kläre meine Schüler über den Holocaust auf. Da haben die schon mit 13 viereinhalb Kameradschaftsabende hinter sich und sagen: Aber Fred Leuchter hat bewiesen, daß es den Holocaust gar nicht gegeben hat.

Das Thema Gewalt ist dabei ein völlig untergeordneter Punkt, weil das heißt nur, daß sie das Motto dieser Gesellschaft begriffen habe. Denn das heißt: der Stärkste setzt sich durch, jeder auf seine Art. Ob sich die rechtsextreme Einstellung in Gewalt äußert, sagt nichts über das politische Klima aus. Polemisch formuliert gibt es in Wurzen keine rechte Gewalt, weil den Rechten die Gegner ausgegangen sind, weil die nämlich alle nach Leipzig flüchteten. Insofern ist es dort ganz friedlich, und der Kameradschaftsführer Müller sorgt selbst dafür, daß die Glatzen aus Gerichtshain nicht einmarschieren und Randalen machen, weil er bei der Kommunalwahl auf einen Posten als NPD-Mitglied hofft.

Diese Normalität rechter Einstellungen

und rassistischer Ideen ist in der gesamten Gesellschaft verbreitet. Im Osten aber spezifisch anders, weil es primär um Kapitalismuskritik geht. Ein Jugendlicher sagt zum Beispiel, diese Gesellschaft sei die Unmenschlichste, die es gibt, materialistisch, dekadent. Sie wollen dagegen eine sozialistische Volksgemeinschaft, die solidarisch ist, in der jeder für den anderen einsteht. Und im dritten Satz danach: Aber Erbkrankte müssen selektiert werden.

Jetzt kommen wir zu dem kleinen Unterschied zwischen den Rechten und den Linken. In den Augen der jungen Faschos und auch vieler älterer PDS-Wähler wird diese Gesellschaft biologisch definiert, und das ist ganz einfach rassistisch. Jeder, der sich auf das rassistische deutsche Staatsbürgerschaftsgesetz beruft, ist mein politischer Gegner. Denn das ist genau das Problem, daß 60 Prozent der PDS-Wähler und 80 Prozent der Deutschen überhaupt gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft sind.

Das Problem ist auch, daß das Kind teilweise schon in den Brunnen gefallen ist im Laufe der letzten zehn Jahre. Nach diesem berühmt-berüchtigten AGAG-Programm sind zwar die Strukturen der Jugendhilfe wieder aufgebaut worden. Aber die Sozialarbeit und die Jugendarbeit in den neuen Bundesländern fördert häufig die rechte Szene, weil sie unpolitisch ist. In Schwedt sagen die Sozialarbeiter: Ihr dürft hier keine politischen Veranstaltungen machen. Aber nicht weil sie etwas dagegen hätten, sondern weil das gefährlich sei. Das provoziere die Rechten, und die kommen und verhauen

uns. Ist auch so. Die Rechten haben in Schwedt mal einen Molotowcocktail in das Büro der Sozialarbeiter geworfen, damit sie die Klappe halten.

Die Sozialarbeiter selber denken, Sozialarbeit heißt, wenn sich ihre Klienten mit etwas Vernünftigem beschäftigen, nicht mit Politik, sondern zum Beispiel mit Billardspielen und Musikhören. Und in Wurzen haben die Sozialarbeiter, die gar keine sind, weil der Bürgermeister keine Aufpasser, sondern nur zwei Arbeitslose zum Aufschließen bezahlt, ein Schild vor das Jugendzentrum gehängt mit der Aufschrift: Wir sind neutral. Wenn die Sozialarbeiter neutral sind, dann kann eben auch der Kameradschaftsführer aus Gerichtshain kommen und sagen, der Holocaust sei eine alliierte Propagandalüge.

Diese Neutralität hat ihren Grund darin, daß viele Ältere in den neuen

»Die Affinität zu rassistischem, antisemitischem Gedankengut ist am höchsten bei männlichen

Facharbeitern, was auch ein Argument gegen die Arbeitslosentheorie ist. Denn wenn die Arbeitslosigkeit was damit zu tun hätte, wären die Nazis wahrscheinlich Frauengruppen.«





Bundesländern nicht mehr wie früher den Jüngeren die Weltanschauung aufs Butterbrot schmieren wollen. Aber die einzige Möglichkeit, die man hat, um Vorurteile abzubauen, ist eine Reibungsfläche zu bieten. Ich habe selbst mit einem Sozialarbeiter in Grimma, einer Hochburg der Rechten, gesprochen. Der lief so rum wie ich und sagte: Ich bin in den Augen der Rechten eine Zecke, und ich sage denen das auch. Vor dem Jugendzentrum stehen, organisiert von der NPD in Sachsen, 30 bis 40 Glatzen, um die zu vergaulen, die anders aussehen. Das führt dazu, daß nur noch Leute in das Jugendzentrum hineinkommen, die erstens aussehen als seien sie rechts, und die zweitens nichts gegen Rechte tun und sagen. Unter diesen Bedingungen macht der Sozialarbeiter, was heißt, er gibt sich als Vorbild. Für viele Dreizehnjährige ist es ein höchst interessantes Ereignis, wenn die jemanden sehen und kennenlernen, der sagt: Klar bin ich links, und wer Rassist ist, ist ein Arschloch. Das hören die sonst von keinem.

Das ist eine Möglichkeit, die man hat. Also Risiken und Nebenwirkungen der

ein Problem hat, bloß mal einen Hitlergruß machen, und eine Horde von Sozialarbeitern kommt angelaufen und denkt, sie müsse dem armen Kerlchen helfen.

Moderation: Nun Lukas, was macht die Antifa gegen diese Rechten?

Lukas (AAB): Ich will zunächst ein paar Sachen zu grundsätzlichen Annahmen sagen, die wir als Antifagruppe haben, wenn man so will: zu theoretische Prämissen, weil ich der Meinung bin, man sollte sich vorher überlegen, was man so macht, bevor man's dann macht. Also deswegen die Zweiteilung: Erst ein paar Annahmen und dann die Gegenstrategien.

Zu den theoretischen Prämissen: Es sind insgesamt fünf; die erste lautet: Rechtsextremismus kann nicht individualpsychologisch erklärt werden und schon gar nicht aus irgendwelchen natürlichen Dispositionen der Leute; d.h. es gibt nicht so etwas wie ein natürliches Aggressionspotential oder eine angeborene Angst vor dem Fremden. Dumm wird man nicht geboren, dumm wird man gemacht; - das zählt

auch für Nazis.

Die zweite These oder Prämisse lautet: Die Exzesse der braunen Schläger können nicht verstanden werden ohne den Rechtsextremismus der Neuen Mitte. Das Problem des Rechtsextremismus ist ein Problem der gesamten Gesellschaft, und zwar einer Gesellschaft, die geprägt ist von der massenhaften Verbreitung unterdrückerischer Ideologien - also beispielsweise Rassismus, Antisemitismus oder in Deutschland verschärft ein völkischer Nationalismus; die weiterhin geprägt ist durch patriarchale Strukturen und Verhaltensweisen und natürlich durch eine politische Kultur, die nicht verstanden werden kann ohne das spezifisch deutsche Erbe der NS-Zeit. Wobei man allerdings sagen muß, daß diese in der Bevölkerung verbreiteten Ressentiments natürlich in enger Wechselwirkung stehen mit der konkreten herrschenden Politik, die Rassismus und Nationalismus zum staatsoffiziellen Programm erhebt.

Ich will das nicht groß ausführen; ich denke, jeder, der ein bißchen Zeitung liest oder die Augen offen hält, kann sich da was darunter vorstellen. Ich will nur drei Beispiele aus den jüngsten Wochen nennen, die das vielleicht veranschaulichen: Ein grüner Außenminister, der in den ersten Tagen seiner Amtszeit betont, was er macht ist nicht grüne Außenpolitik, sondern deutsche Außenpolitik und die Vertretung deutscher Interessen; ein neuer Innenminister, der sich von seinem Vorgänger offensichtlich nur durch die schlechtere Frisur unterscheidet und als erstes verkündet: Das Boot ist voll; schließlich ein Kanzler, der sagt, er habe die Interessen der deutschen Industrie zu schützen, und zwar in Zusammenhang mit den Entschädigungsforderungen ehemali-

ger deutscher Zwangsarbeiter. Ich glaube, angesichts dieser Tatsachen kann man nicht sagen, die Rechtsextremen wären irgendwelche Außenseiter; sie verstehen sich ja selbst in gewisser Weise als radikale Vollstrecker des Volkswillens, und so Unrecht haben sie da gar nicht.

Dann die dritte Prämisse: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Man muß versuchen, diesen Hang zu faschistischen Ideologien bzw. zu so einem Denken auch aus materiellen Bedingungen zu erklären, in denen die Menschen leben. Das ist keine Entschuldigung, sondern der Versuch einer Analyse. Ich denke, daß neben den angesprochenen patriarchalen oder rassistischen Strukturen eins der, oder: das wichtigste Organisationsprinzip dieser Gesellschaft natürlich die kapitalistische Verwertungslogik ist. D.h. was Burkhard vorher schon angesprochen hat: Eine Gesellschaft, die das »jeder gegen jeden« zum obersten Prinzip erhebt - das Recht des Stärkeren, der sich durchsetzt - hat natürlich eine gewisse Affinität zum Sozialdarwinismus, den die extreme Rechte vertritt.

Ich möchte jetzt kurz eine Bemerkung zu unserem Verständnis von Antifaschismus einstreuen, das sich aus diesen drei ersten Prämissen ergibt: Ein Antifaschismus, der sich als konsequent begreift - d.h. der nicht nur die Symptome bekämpft, sondern die Probleme an der Wurzel angeht -, muß ausgerichtet sein auf eine grundsätzliche, fundamentale Umwälzung der bestehenden Verhältnisse. Die einzige politische Anstrengung, die sich lohnt, ist die für das gründlich andere. Wir operieren aus diesem Grund mit dem Begriff revolutionärer Antifaschismus. Wobei ich gleich mal klarstellen möchte, bevor es empörte

Zwischenrufe gibt: »revolutionär« bedeutet nicht, daß das was wir machen revolutionäre Politik ist - das wäre illusorisch und ein bißchen anmaßend; sondern es hält einen Anspruch aufrecht, eben den Anspruch auf die Umwälzung der Verhältnisse.

Trotz dieses weitergehenden Ansatzes ist für uns natürlich Anti-Nazi-Politik, also konkrete Arbeit gegen Nazis, nach wie vor zwingender Bestandteil des Antifaschismus. Und zwar nicht nur aus irgendwelchen taktischen Überlegungen, etwa weil man auf diesem Gebiet noch Leute mobilisieren oder Erfolge als versprengte Linke erzielen kann. Es hat einen ganz klaren Grund: Der Grund ist Notwendigkeit. Nazis sind Vertreter extrem reaktionären Gedankenguts, deswegen ist es für jeden Linken zwingend, sich der Konfrontation mit ihnen zu stellen. In manchen Gegenden vor allem in Ostdeutschland, die Burkhard vorher schon beschrieben hat,

ist es mittlerweile zur Grundvoraussetzung jedes linken Engagements geworden, sich gegen die Nazis zu wehren. Das ist eine Sache, die gemacht werden muß.

Bevor ich jetzt ein paar Vorschläge mache, wie man dabei vorgehen sollte, möchte ich noch meine vorherigen drei Prämissen um zwei weitere ergänzen, die sich speziell auf die

jugendlichen Rechtsextremen beziehen.

Die erste lautet: Arme Schweine sind auch Schweine. Die Nazis sind keine Opfer sozialer Notlagen oder gar Modernisier-

ungsverlierer und dergleichen; diese These ist empirisch widerlegt und dient nichts anderem, als die Täter zu Opfern zu machen.

Außerdem möchte ich darauf verweisen: Es besteht kein Kausalzusammenhang zwischen einem nicht ganz so schönen Leben und der Jagd auf Flüchtlinge. Das ist immer noch eine Entscheidung, die jeder für sich trifft, die man auch anders treffen kann, und das ist eine Entscheidung, für die sich jeder selbst verantworten muß.

Die zweite These lautet: Die Attraktivität der Nazibanden gründet sich auf ihren Anspruch, Herrenmenschen zu sein, d.h. auf ihren Anspruch, als weiße, deutsche, heterosexuelle, meistens auch Männer anderen Leuten überlegen zu sein. Die Attraktivität vermittelt sich über eine Ausstrahlung von Stärke, von Macht, von Gemeinschaftsgefühl und auch über die Bereitschaft zur Gewalt, diesen Überlegenheitsanspruch dann auch mit allen Mitteln durchzusetzen; - d.h. auf einer relativ primitiven Ebene. Ich glaube dieser Anziehungskraft kann man nicht mit Argumentation begegnen, sondern man muß ihr tatsächlich auch auf so einer primitiven Ebene begegnen.

Nun konkret zu den Gegenstrategien: Es gibt da natürlich alle möglichen, und alle haben eine gewisse Berechtigung. Ich



will niemanden von einer antifaschistischen Aktion abhalten, ich glaube, die meisten sind sinnvoll. Wir halten es da ganz mit Mao: Laßt tausend Blumen blühen; - allerdings kein Unkraut. Und zum Unkraut würden wir die

bereits geschilderte akzeptierende Jugendarbeit zählen, - ich glaube, ich muß da nicht mehr so wahnsinnig viel dazu sagen, weil es bereits geschildert worden ist -, in der die rechte Orientierung hingenommen und nicht bekämpft wird, und statt dessen versucht wird, sich um die eigentlichen Probleme der rechtsradikalen Jugendlichen zu kümmern. D.h. im Prinzip geht es nicht darum, die Leute von ihren Überzeugungen zu trennen, sondern es geht darum, ihr auffälliges Verhalten einzudämmen. In der Praxis hat das tatsächlich dazu geführt, daß die rechten Jugendclubs in Ostdeutschland serienweise zu Zentren der Nazis wurden, von wo aus sie sich organisieren konnten. Das ging zum Teil soweit, daß die Sozialarbeiter ihre rechtsextremen Jugendlichen zu Demos gegen die Wehrmachtsausstellung gefahren haben; oder daß eine Naziband wie Endstufe jahrelang im Magdeburger Brunnenhof proben konnte.

Statt Verständnis setzen wir auf eine andere Strategie - jetzt kommen wir zu den Blumen -, und zwar auf eine Strategie, die sich an dem Motto orientiert: Auf dieser

Welt ist kein Platz für uns beide. Nazis muß die Unerwünschtheit ihres Tuns mit aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden; es muß klar sein, wer sich öffentlich dazu bekennt, Nazi zu sein, bekommt Probleme. Wir schlagen eine Strategie der Ausgrenzung auf allen Ebenen vor. Das können Hausverbote in Discotheken sein für Leute, die offensichtlich als Nazis auftreten, die Verhinderung von Naziaufmärschen, die Verhinderung des Verkaufs ihrer Propaganda, usw. EKO in Eisenhüttenstadt hat beispielsweise rechtsradikale Lehrlinge einfach entlassen. D.h. es geht um eine Ausgrenzung auf allen Ebenen, sowohl im öffentlichen Diskurs als auch auf der Straße.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch jemanden zitieren, der vorher schon erwähnt wurde: Konrad Adenauer. Er hat angesichts der antisemitischen Überfälle auf jüdische Friedhöfe Ende der 50er Jahre folgendes gesagt, bezogen auf die Antisemiten: »Wenn ihr einen dieser Lümmel erwischt, vollzieht die Strafe auf dem Fuße und gebt ihm eine Tracht Prügel. Das ist die Strafe, die er verdient.« Ich würde sagen, das ist auf jeden Fall eine bedenkenswerte Strategie.

Wobei natürlich klar ist, daß eine antifaschistische Strategie nicht allein darauf basieren kann, Rechte auszugrenzen. Das muß ergänzt werden. Zum einen würde ich sagen, die beste Strategie gegen Rechts ist immer noch linke Politik, d.h. es muß versucht werden, die wenigen vorhandenen linken Menschen, die es noch gibt, in irgendeiner Weise zu unterstützen. Für uns als Antifagruppe aus Berlin heißt das z.B. konkret, Regionalgruppen oder einzelne versprengte Leute in der Region Brandenburg, die besonders stark vom faschisti-

schen Terror betroffen sind, zu unterstützen, sei es mit Informationsmaterial, sei es mit der Ausrichtung von Demos, sei es mit Geld oder zum Teil auch mit persönlichem Schutz ihrer Veranstaltungen. Das ist eine notwendige Sache, um zumindest die wenigen Alternativen, die es noch gibt, aufrechtzuerhalten. Und zum anderen muß man natürlich versuchen, auf die Leute, die nicht völlig verblendet sind, zuzugehen, d.h. die Linke muß ganz offensiv versuchen, Jugendliche davon zu überzeugen, daß links sein »in« ist und nicht rechts sein. Was natürlich auch noch ergänzend gemacht werden muß, ist offensiv Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, also zu versuchen das kritische Potential, das es noch gibt - egal ob das jetzt Linksradikale sind oder andere Leute, die etwas gegen Nazis haben -, für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, d.h. Bündnispolitik zu machen.

Das hört sich jetzt alles ganz nett an; ich möchte aber gerade in diesem Zusammenhang noch auf eine Problematik eingehen, die auch mit der Analyse von vorhin zusammenhängt, daß Rechtsextremismus kein Außenseiter-Phänomen ist, sondern sich durch die ganze Gesellschaft zieht: In vielen Fällen ist es einfach nicht mehr möglich, diese Bündnisse zu schließen. Ich kann auf ein Beispiel verweisen, das Beispiel Dolgenbrodt. Das ist ein Dorf, wo die Bewohner Nazis angeheuert haben, damit die eine Unterkunft für jüdische Flüchtlinge anzünden, was sie dann auch gemacht haben. Die Bewohner haben in ihrem Dorf dafür Geld gesammelt. Es sollte

eine Demonstration oder eine Kundgebung in Dolgenbrodt geben, unter anderem von uns ausgerichtet, um gegen diesen Antisemitismus zu protestieren. Wir waren dann unter anderem bei der PDS, ob die so etwas nicht unterstützen würde, aber das wurde aus zwei Gründen abgelehnt: Der eine Grund war, wir würden hier die Ostdeutschen in den Dreck ziehen, und der zweite Grund war, es müsse in dem Zusammenhang auch thematisiert werden, daß rund um Dolgenbrodt rumänische Banden die Bevölkerung verunsichern würden. Das ist nur ein Beispiel unter mehreren. Neulich in Königs-Wusterhausen, wo gegen einen rechten Jugendclub demonstriert werden sollte, hat die PDS das auch verweigert. Unter anderem wieder, weil wir angeblich Feinde der Ostdeutschen wären, und weil es ihre Jugendlichen sind, noch dazu in einem Club, den sie als Vorsitzende in der Stadtverwaltung mit öffentlichen Geldern gesponsort haben. Soviel dazu.

Ja, Fazit meines Vortrags: Im Prinzip wäre eine Lösung des Problems, also eine wirklich grundlegende Lösung, eigentlich nur zu erwarten von einer gesellschaftlichen Umwälzung, die Bedingungen schafft, in denen kein Mensch mehr ein erniedrigtes und geknechtetes Wesen ist, und deswegen auch niemand mehr auf dumme Gedanken kommen muß. Bis es soweit ist, sollten wir uns aber zumindest das rechte Schlägerpack vom Hals halten. Vielen Dank.

Moderation: Christoph Butterwegege hat vorher nur die undankbare Aufgabe gehabt, relativ magere Theorien darzustellen. Wie sieht es mit Ihrem eigenem Ansatz aus?

Butterwegege: Mein Ansatz ähnelt durchaus dem, der von Birgit Rommelspacher und auch von Burkhard Schröder vorgetragen worden ist. Ich denke, ein Kernideologem, das heute für den Rechtsextremismus entscheidend ist, ist der Rassismus, nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt. Insofern gilt es auch analytisch zunächst mal da anzusetzen. Für mich ist die Ursache für Rassismus wesentlich in der Gesellschaftsform zu finden, mit der man es zu tun hat, und die wiederum würde ich jetzt verkürzt so analysieren: In letzter Konsequenz ist Rassismus auf die Konkurrenz zurückzuführen; eine Gesellschaft, in der es keine Konkurrenz gäbe, wäre viel eher keine rassistische. Da aber insbesondere in Wirtschaftskrisen in einer kapitalistischen Gesellschaft die Gegensätze aufeinanderprallen und die Konkurrenz das Bewegungsgesetz schlechthin darstellt, ist hier eine Voraussetzung dafür gegeben, daß Rassismus verstärkt auftritt.

Ein zweiter Aspekt, der meiner Meinung nach hinzukommen muß, ist die politische Kultur in einer Gesellschaft. Da glaube ich, daß die deutsche Gesellschaft gekennzeichnet ist durch einen Nationalismus, der ausgrenzend ist, der das eigene Volk für das fleißigste, das tüchtigste, das herrenhafteste auf der Welt hält und daraus das Recht ableitet, andere als minderwertig und minderbemittelt anzusehen. Allerdings wird man sagen müssen, daß dieser in der deutschen politischen Kultur so dominante Nationalismus auch Verän-

derungen unterliegt. Ich sehe in letzter Zeit eine Veränderung weg vom völkischen Nationalismus hin zu dem, was ich »Standortnationalismus« nenne. Es wird natürlich auch noch von großen Teilen der extremen Rechten und der Neonazis völkisch argumentiert, aber es breitet sich gleichzeitig eine zweite Form von Nationalismus daneben aus, die in der Tat in die etablierte Gesellschaft hineingreift, obwohl ich nicht von »Extremismus der Mitte« sprechen würde. Auch wenn ich dort viele Anknüpfungspunkte in der Ideologie sehe, meine ich, ist es notwendig zu differenzieren, z.B. zwischen konservativen, neoliberalen und rechtsextremen bzw. offen rassistischen Ideologien. Aber es breitet sich sowohl in der Mitte als auch im organisierten Rechtsextremismus ein solcher Standortnationalismus aus, der nicht mehr so sehr das eigene Volk - zum Teil weil dieser Begriff auch eher negativ besetzt ist -, aber den Wirtschaftsstandort Deutschland für denjenigen hält, für den Opfer gebracht werden müssen so wie früher fürs Vaterland. So ein bißchen ist gewissermaßen die Sorge um den Standort an die Stelle des Stolzes auf das Vaterland getreten, auch wenn ich - wie gesagt - zwischen beiden

»...die beste Strategie gegen Rechts ist immer noch linke Politik...«



durchaus eine Koexistenz sehe.

So ein veränderter Nationalismus führt natürlich dazu, daß man auch bei den Gegenstrategien überlegen muß, was das bedeutet. Für mich ist Rechtsextremismus in der Bundesrepublik zur Jahrtausendwende schon etwas anderes als Nationalsozialismus 50 Jahre früher; diese modernisierten Formen müssen wir auch ernst nehmen. Meiner Meinung nach ist mit »von der Straße fegen«, selbst wenn das ginge und wenn das sinnvoll wäre, überhaupt gar nichts gewonnen. In den Köpfen befindet sich das, was zu bekämpfen ist, und da kann ich nicht mit der Faust dagegen angehen, also sozusagen Konfrontation gegen Konfrontation setzen. Meiner Ansicht nach muß diese Ideologie des Rassismus, die ausgrenzt und beharrt auf Konfrontation und Aggression, mit einem anderen Leitbild bekämpft werden. Die Vorstellung z.B., daß Wirtschaftsstandorte gegeneinander konkurrieren müßten und man selber der stärkste, der tüchtigste, derjenige sein müßte, der alle anderen niederkonkurriert - dieses Leitbild der Konfrontation und der Konkurrenz ist nicht zu bekämpfen, indem ich einfach das Vorzeichen wechsele und sage, von links bin ich auch dafür, denn es ist links und von daher auch moralisch gerechtfertigt und rational-theoretisch entsprechend ausgewiesen. Ich glaube, daß man dagegen nur ankommen kann, indem man versucht, Utopien zu entwickeln und etwas anderes zu praktizieren, als uns von ultrarechter und neofaschistischer Seite als die Zukunft der Gesellschaft offeriert wird. Das bedeutet natürlich nicht, daß

man die Hände in den Schoß legen sollte, es bedeutet auch nicht, daß man die andere Backe hinhalten und sich nicht wehren sollte.

Ich teile nicht diesen Pessimismus, daß man mit Argumenten nichts machen kann. Mir ist natürlich völlig klar, daß es nicht allein eine Frage des Kopfes, sondern eine Frage von antagonistischen Interessen in dieser Gesellschaft ist. Mir ist auch klar, daß es häufig eine Frage des Bauches ist, daß man aus emotionalen, aus ganz anderen Gründen als verstandesmäßigen, z.B. in Wurzeln oder in Schwedt, zuschlägt und sich einer solchen Gang anschließt. Aber das heißt doch nicht, daß wir auf den Anspruch verzichten können, aufklärerisch zu wirken. Für mich ist z.B. ganz wichtig, in dieser Gesellschaft neben sozialen Problemen auch aufzugreifen, daß man ein anderes Staatsbürgerschaftsrecht braucht. Und dazu dient es nicht, Otto Schily und Manfred Kanther einfach gleichzusetzen, wengleich ich auch sehe, daß es da ganz viele Verbindungslinien gibt, und daß z.B. das, was ich »Standortnationalismus« nenne, auch unter den neuen Regierungsverhältnissen in der Bundesrepublik Platz greift. Trotzdem glaube ich, daß sozialwissenschaftliche Analyse - so wie sie beim Rechtsextremismus genau differenzieren muß zwischen unterschiedlichen Positionen - auch in anderen Teilen der Gesellschaft analytisch nicht mit der Keule, sondern nur mit dem Seziersmesser

etwas erreichen kann.

Meine Gegenstrategie läuft in die Richtung, daß es z.B. argumentativ sehr wesentlich ist, gegen den Innen-Außen-Gegensatz, der von rechter Seite hochgehalten wird, den Oben-Unten-Gegensatz zu thematisieren. Politische Bildung kann ich doch nicht verabschieden mit dem Argument: die richtet sowieso nichts aus, ich muß die Nazis zusammenschlagen, was soll der Blödsinn, sich mit irgendwelchen Theorien auseinanderzusetzen und zu argumentieren. Ich kann da sehr wohl deutlich machen, daß es eben nicht diesen Gegensatz zwischen inländischen und ausländischen Arbeitskräften gibt, sondern daß es ein Interessengegensatz von Kapital und Arbeit ist. Und das natürlich nicht nationalistisch oder antisemitisch aufgeladen, so wie es zum Teil in den östlichen Bundesländern auch von Neonazi-Seite passiert, sondern mit einer vernünftigen marxistischen Analyse versehen. Das wäre für mich z.B. ein Punkt der Gegenstrategie.

Ein zweiter Punkt wäre: Ich muß versuchen - anders als es Neonazis tun, die die soziale mit der nationalen Frage verbinden -, die demokratische mit der sozialen Frage zu verbinden. Eine Gesellschaft, die den Anspruch vor sich her trägt, demokratisch zu sein, kann Demokratie nicht darin erschöpfen, daß man alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne geht. Demokratie bedeutet Freiheit von Angst vor Arbeitslosigkeit, Armut und sozialem

Abstieg und muß eine Grundsicherung bieten vor solchen sozialen Problemen. Demokratie zu verwirklichen heißt für mich auch, ein höheres Maß an sozialer Sicherheit zu schaffen, d.h. ein Sozialstaat im eigentlichen Sinne ist für mich Grundbestandteil und Voraussetzung für Demokratie. Das zu verwirklichen ist für mich Anspruch und Notwendigkeit linker Politik. Das erschöpft sich nicht in Konfrontation und darin, auf der Straße die Entscheidung zu suchen.

Schröder: Die revolutionäre Attitüde ist immer natürlich sympathisch, aber sie kostet auch nichts, und ich glaube, sie ist keine Möglichkeit etwas zu erreichen, sondern dient nur dazu, sich selbst gut zu fühlen. Da drüben, 20 Meter weiter, stand ja der Spruch: Die Pflicht eines Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen. Wunderbar, Informationswert gegen Null. Genauso ist es auch eine übliche Attitüde in der linken Szene, so eine Art von Kulturpessimismus zu verbreiten: Es wird immer alles schlimmer, kommen da die Sprechblasen, Sozialabbau, allgemeiner Rechtsruck. Da braucht man nicht mehr genau hinzugucken, das ist nichts anderes als Heitmeyer: früher war alles besser.(...) Und jetzt haben wir die Möglichkeit zu sagen, ist sowieso alles Scheiße, man kann bloß noch militärisch dagegen vorgehen, oder man kann sagen, das muß eben eine andere Gesellschaft werden. Das finde ich aber etwas sehr schwach begründet. Das ist nichts anderes als die alte Theorie des Rechtsextremismus von Dimitrow und nachfolgen-



den Epigonen der KPD, die sagten: Ja, das liegt irgendwie im Kapitalismus drin, und der hat immer so eine Tendenz, sich zum Faschismus zu entwickeln, und deswegen kann man das Problem nur mit der Wurzel ausrotten, wenn man den Kapitalismus gleich mit ausrottet.

Das ist aber eine resignative Haltung, die auch überhaupt nichts bringt. Da muß ich doch wider meinen Willen - weil ich bekennender Nicht-SPD-Wähler bin - mal positiv einen SPD-Generalstaatsanwalt zitieren, der durch die Presse ging mit dem Satz: »Es muß eine gemeinsame Volksfront geben gegen das rechte Pack, die von den stramm Konservativen bis zu den Autonomen reicht.« Und die letzteren müssen wahrscheinlich noch mehr über ihren

Schatten springen als die anderen. Es geht aufgrund der Situation, daß es eine rechte Hegemonie gibt, zunächst mal darum, die demokratischen Rechte zu verteidigen. Die sind nämlich nicht gewährleistet, z.B. nicht für Leute, die irgendwie »ausländisch« aussehen.

Ich sage immer, von der Ost-Antifa lernen heißt siegen lernen. Die Antifa im Westen hat immer noch die sektiererische Position, die in dem schönen Satz gipfelt:

»Kein Fußbreit dem ...«, - zutreffendes bitte ankreuzen. Wenn aber die Rechten eine Mehrheit haben, und die sich gar nicht als rechts bezeichnen, kann ich nicht sagen, Nazis raus aus dem Jugendzentrum. Denn dann reagiert keiner, obwohl alle Nazis sind. Deshalb kann ich auch nicht militä-

risch Räume und Territorien erobern, damit die Linken wieder Platz haben. (...)

Das heißt es geht um die Frage: Wie kriege ich den braunen Müll aus den Köpfen? Das ist die Frage, die sich die Linke seit 150 Jahren stellt: Wie mache ich am besten Propaganda? (...)

Es geht darum, Begriffe zu besetzen. Das heißt, daß es nicht normal ist, die Grenze zu setzen zwischen Inländern und Ausländern. Das ist aber der Diskurs in Deutschland. Es geht nicht um »Ausländer« - das ist der übliche Diskurs auch in der linken Szene -, es geht um Einwanderer, es geht um Afrodeutsche, und es geht letztlich um Rassismus. Und jeder, der z.B. das für mich zutiefst gehaßte Wort »Ausländerfeindlichkeit« benutzt, der kriegt Beifall von der NPD. (...)

Man muß es hinkriegen, mit der politischen Propaganda, mit der Diskussion in der Öffentlichkeit, daß Einwanderung zwar ein Problem ist, daß man sich aber gefälligst als ziviler Mensch dazu verhalten sollte, und nicht sagt, die Ausländer sollen Menschen zweiter Klasse bleiben, die sollen keine Staatsbürgerschaftsrechte kriegen, aber wir sind nett zu ihnen. Das ist kein Ausweg.

Rommelspacher: Ich würde auch gerne an dem Punkt ansetzen: Ausgrenzen auf allen Ebenen. Ich denke, so einfach ist es nicht, zu sagen: Hier ist die Gewalt, und das ist die inhaltliche Auseinandersetzung. Das ist eine falsche Polarisierung. Wenn wir von der kulturellen Hegemonie der Rechten sprechen, dann ist das auch eine Machtfrage und nicht nur eine Frage der inhaltlichen Auseinandersetzung. Insofern müssen die Rechten auch zurückgedrängt werden; in welcher Form, das muß man dann sehen. Aber ich denke nicht, daß es

nur darum geht, mit ihnen zu diskutieren, sondern auch darum, ihnen die Räume zu nehmen. Wenn den Rechten die Räume gegeben werden, wie wir es in den Beispielen von der akzeptierenden Sozialarbeit immer wieder zitiert bekommen, dann muß die Gegenstrategie auch sein, die Räume wieder wegzunehmen.

Insofern ist es auch eine Machtfrage, die noch viel verstrickter ist mit den Verhältnissen überhaupt. Wenn wir sagen, Rassismus und Rechtsextremismus sind eine Verteidigung der Hierarchie in unserer Gesellschaft, dann kann nur die Umkehrung oder die Veränderung der Machtverhältnisse diesen Rechtsextremismus und Rassismus abbauen. Ob das ganz abzuschaffen ist, ist eine andere Frage, aber man kann zumindest eine menschlichere Gesellschaft schaffen. Insofern denke ich reicht die inhaltliche Auseinandersetzung nicht. Wenn z.B. an der FU eine Diskussion über Rassismus schon als unbotmäßige politische Veranstaltung interpretiert wird, dann sage ich, daß hier Macht zurückerobert werden muß. Es muß selbstverständlich sein, daß wir auch hier an den Universitäten die Frage nach Ethnozentrismus, nach Rassismus in der Lehre, nach den rassistischen Strukturen in den Hochschulen stellen. Wer sind hier die Professoren und Professorinnen, wo haben hier Migranten überhaupt die Chance, ihre Position zu vertreten? (...)

Es geht um eine Veränderung der Machtverhältnisse, die mit politischen Strategien wie der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts oder mit so etwas wie ethnischer Quotierung die Selbstverständlichkeit einer rassistischen Hierarchie, in der oben immer die weißen Deutschen sitzen, tatsächlich auch umbaut. Es geht nicht nur um die Rechtsradikalen,



um die Gewalttäter, sondern es geht wirklich um die Struktur der Gesellschaft und darum, sie zu verändern. (...)

Lukas: Ich glaube, ich habe da einen wunden Punkt getroffen. Mir ist nicht ganz klar, warum Herr

Butterwegge so reagiert hat. Ich kann Ihnen in vielen Punkten einfach nur Recht geben, da bleibt mir auch gar nichts anderes übrig. Ich denke auch nicht, daß es im Widerspruch zu dem steht, was ich in meinem Vortrag gesagt habe. Natürlich muß man differenzieren, gegen wen man vorgeht, natürlich muß man den Leuten klar machen, daß die linke Analyse viel mehr zu bieten hat als der rechte Müll, natürlich muß man versuchen Begriffe zu besetzen und so weiter. Aber ich kann Ihnen sagen: Sie können gerne mal in Wurzeln einem Neonazi Ihr marxistisches Konzept von Antikapitalismus erklären, ich glaube, die

»Es geht aufgrund der Situation, daß es eine rechte Hegemonie gibt, zunächst mal darum, die demokratischen Rechte zu verteidigen.«

Reaktion wird nicht lange auf sich warten lassen. Das ist ganz einfach eine Frage, wie man in gewissen Situationen damit umgeht, ich habe hier keinen Weg geschil­dert, der der richtige ist. Ich habe auch gesagt, laß tausend Blumen blühen, und



das war durchaus so gemeint. Es gibt sehr viele Wege, natürlich muß man vieles ver-

»Wenn wir von der kulturellen Hegemonie der Rechten sprechen, dann ist das auch eine Machtfrage und nicht nur eine Frage der inhaltlichen Auseinandersetzung.«

suchen, man muß auch versuchen Veranstaltungen zu machen so wie die heute, wo die Leute aufgeklärt werden, an einem aufklärerischem Anspruch festhalten. Man muß auf vielen Ebenen angreifen, und gleichzeitig muß man

aber den Nazis klar machen: Bis hierhin und nicht weiter.

Da ich nur ein armer Student bin, möchte ich hier noch einen prominenten Fürsprecher zitieren, namens Adorno. Und zwar aus einer Schrift Ende der 50er Jahre, die heißt »Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute«. Er hat geschrieben: »Diesen Menschen gegenüber«, also den Antisemiten, »die im Prinzip selber lieber auf Autorität ansprechen, und die sich in ihrem Autoritätsglauben auch nur schwer erschüttern lassen, darf auf Autorität nicht verzichtet werden. Wo sie sich ernsthaft vorwagen bei antisemitischen Manifestationen, müssen die wirklich zur Verfügung stehenden Machtmittel ohne Sentimentalität angewandt werden.«

Schröder: Das heißt daß die Frauen gegen Nazis vorgehen sollen, weil die Nazis keine Frauen hauen.

Lukas: Ja, weiß ich nicht, ob es das heißt, ich glaube nicht offengestanden.

Zu dem was Burkhard gesagt hat, möchte ich noch Folgendes einwenden. Also das mit der Dimitrow-Theorie ist billige Polemik, weil ich nicht gesagt habe, daß das Großkapital die Nazis, die heute auf der Straße rummobben, finanziert oder dergleichen. Aber es gibt gewisse materielle Bedingungen in dieser Gesellschaft, und dazu zähle ich natürlich die kapitalistische Verwertungslogik, die einen prägenden Einfluß haben auf die Menschen und auf ihr Tun, und zwar einen nicht besonders positiven. Das ist eine Differenz in der Analyse.

Und zur Volksfront von Autonomen bis zur SPD, ich bin dabei, jederzeit. Ich habe probiert das zu skizzieren, als ich was über Bündnistheorie erzählt habe und die

Probleme ihrer Umsetzung. Ich möchte nur mal zu bedenken geben, wer es denn ist, der was macht. Da müssen nicht die Autonomen über ihren Schatten springen. Denn die, die was machen, sind die Autonomen und zwei, drei Funktionäre von PDS und Grünen, die noch den linken Anspruch ihrer Parteien aufrechterhalten. Und das war's dann.

Rommelspacher: Ich finde es völlig richtig zu sagen, daß Einstellungen nicht quasi in der Luft hängen, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen geboren werden und mit denen zusammenhängen. Wobei es einerseits natürlich um die Legitimation des Überlegenheitsanspruches und der Dominanz der westlichen Welt gegenüber dem »Rest der Welt« geht, vor allem gegenüber den ärmeren Nationen. Es geht um eine Abschottung, das ist eine sehr materialistische Grundlage. Die Dominanzansprüche der weißen westlichen Welt sind eine Widerspiegelung der Machtverhältnisse. Sie sind direkt aus dieser Geschichte der Dominanz und der Bemächtigungsgeschichte geboren. Zum Beispiel beim Thema kolonialer Rassismus: Man darf nicht vergessen das 1914 85% der Welt von den westeuropäischen Kolonialmächten unterworfen waren. Diese Geschichte schlägt sich in bestimmten Einstellungen und Haltungen nieder.

Insofern ist natürlich ein Strukturzusammenhang da. Aber ich würde gleichzeitig auch das, was Butterwege mit politischer Kultur meint, mit einbeziehen. Nämlich die Denktradition, die in Deutschland aufgrund des Nationalsozialismus eine extreme Form des Homogenitätsdenkens ist: daß deutsch nur der- oder diejenige sein kann, der oder die weiß ist, einen christlichen Hintergrund

hat und in deren Adern »deutsches Blut« fließt, was immer das auch sein soll. Insofern denke ich, daß die Politik, das Staatsbürgerschaftsrecht zu ändern, ein ganz zentraler, wenn auch kleiner Schritt ist. Denn dadurch kann eine Debatte über Multikulturalismus ausgelöst werden, die mit dieser Denktradition der Homogenität bricht. Beim zweiten Punkt, dem Protest, da sehe ich einen Unterschied zwischen Ost- und Westjünglichen - von den Untersuchungen her zumindest. Bei den Westjünglichen geht es primär um die Verteidigung der vorhandenen Hierarchien. Im Sinne eben des Wohlstandschauvinismus, der höchstens der Form nach Protest sein kann, aber auf keinen Fall in Hinblick auf den Inhalt, weil er die vorhandenen Hierarchien bestätigt. Im Osten steckt sehr viel stärker auch ein Protestpotential drin, und zwar gegen den Kapitalismus, wie Burkhard Schnöder ausgeführt hat, und darüber hinaus gegen die Dominanz des Westens. Wenn wir Rostock-Lichtenhagen nehmen, da ging es nicht nur gegen die Flüchtlinge und Asylbewerber, sondern auch gegen die Politik in Bonn. Von daher ist das ein etwas anderer Akzent, auch wenn man fragen kann, inwiefern das Protest ist. Aber zumindest ist es eine Nichteinverständniserklärung mit dem System.

Butterwege: Ich kenne von Claus Offe so eine Bemerkung: Eigentlich wolle man gewissermaßen die westlichen Kolonisatoren treffen und das tue man stellvertretend alles dann mit den Flüchtlingen. Das will mir nicht einleuchten. Wenn jemand in den ostdeutschen Bundesländern als Jünglicher tatsächlich die Regierenden, die Herrschenden aus dem Westen treffen wollte, dann hätte man

sich tatsächlich auch Opfer vorgenommen, die man damit hätte identifizieren können. Aber nicht Opfer, von denen ganz klar war, daß die Regierenden und Herrschenden im Westen ja nun keinerlei Sympathien mit denen hatten. Diese Konzeption, die glaubt, im Osten gäbe es Protest, im Westen nicht, würde ich in bezug auf die DDR bis 1989 noch teilen. Aber nach 1990 im Osten einen Protest gegen soziale Bedingungen zu sehen, in dem Protest zu sehen, was sich da an militantem Rassismus, Rechts-Extremismus und Neofaschismus manifestiert hat - damit habe ich meine Probleme. (...)

Und zu dem, was Birgit Rommelspacher gesagt hat: Natürlich hängt es mit Machtfragen zusammen, und deshalb bin ich auch der Meinung, daß Gesellschaftsveränderungen notwendig sind. Aber diese Gesellschaftsveränderung, die bewirkt man nicht, wenn man zu denselben Mitteln greift wie die andere Seite.

Lukas: (...) Ganz klar, mit dem Baseballschläger betreibt man keine Aufklärung. Ich sage nicht, daß die Gewalt das

Problem löst, genauso wenig wie man mit Gewalt auch nur einen Nazi davon überzeugen wird, daß Rassismus scheiße ist. Das ist einzig und allein eine Eingrenzung ihrer

»Die Dominanzansprüche der weißen westlichen Welt sind eine Widerspiegelung der Machtverhältnisse.«

Handlungsmöglichkeiten. Ich glaube die Position, die Sie hier vertreten, Herr Butterwegge, das ist eine bequeme Position. Die übersieht nämlich gewisse Situationen, in denen sich andere Leute befinden. Damit meine ich die Leute, die grüne Haare haben und in irgendeinem

Dorf in Brandenburg wohnen. Denen können Sie schon sagen, die sollen halt mal mit den Leuten reden oder sollen denen was von linken Theorien erklären oder so. Die bekommen dann eine aufs Maul. (...)

Butterwegge: Ich will noch mal deutlich sagen, da liegt nicht der Differenzpunkt. Ich habe deutlich gesagt, Notwehr und Nothilfe ist etwas anderes. Und du ziehst jetzt auf die Position zurück, Situationen zu schildern, wo wir durchaus einer Meinung sind. Wo wir nicht einer Meinung sind, ist die Konfrontation und die Gegenaggression zur politischen Strategie zu erklären. Da ist der Differenzpunkt, und davon sollte man nicht ablenken.

Lukas: Die Konfrontation ist nicht die politische Strategie, sondern ist ein Teil der politischen Strategie, die notwendig ist. Zur Aussage: Notwehr ist gerechtfertigt, offensives Vorgehen nicht. Ich weiß nicht, ob man warten muß bis einem der Schädel eingeschlagen wird, damit man selbst aktiv werden kann. Ich glaube, die Nazis haben in diesem Land oft genug unter Beweis gestellt, was sie gerne machen möchten. Man muß nicht auf die nächsten Opfer warten, das ist meine Position dazu. Und ich glaube auch nicht, daß ein Faschist, jemand der faschistischen Ideen nachhängt, noch weiter radikalisiert werden könnte; Faschismus ist bereits das absolute Maximum an unterdrückerischer Gewalt. Ein Faschist ist dafür, daß Menschen mit anderer Hautfarbe am besten Dreck fressen sollen. Ich weiß nicht, was man da noch groß radikalisieren sollte.

Butterwegge: Die Strategie, die von der KPD gefahren wurde: »Schlagt die

Faschisten, wo ihr sie trefft!«, hat sozusagen nichts bewirkt, höchstens das Gegenteil dessen, was man erreichen wollte. Mein Problem ist nicht, daß irgendwelche Neonazis noch weiter radikalisiert werden, sondern daß potentielle Bündnispartner abgeschreckt werden. Wenn ich die Konfrontation als politische Strategie empfehle, dann habe ich eine ähnliche Ausrichtung; zumindest scheint

es so für Unbeteiligte, als ob rechte und linke Gewalt das gleiche wären. Ich setze sie nicht gleich, aber es erscheint so. Ich glaube nicht, daß das dazu dienen kann, das Bündnis gegen Rechts zu verbreitern. Und ich glaube, es ist dringend notwendig, daß es viel breiter wird.

Lukas: Mich wundert ein bißchen, daß Herr Butterwegge jetzt in die Extremismustheorie zurückfällt, die er vorher selbst noch kritisiert hat. (...) Die Gewalt in dieser Gesellschaft kommt nicht von den Extremen oder durch die Extremen in die Welt, sondern die Gesellschaft ist gewalttätig. Die zweite Sache, was mich doch wundert, mit diesen Bündnissen: Sie sagen, den Leuten scheint es so. Es ist nicht dasselbe, aber es scheint so, daß linke und rechte Gewalt dasselbe wären. Seit wann ist der Schein, den Leute



von irgendwelchen realen Verhältnissen haben, der Maßstab, an dem man sich orientieren soll. Da muß man eben versuchen aufzuklären! (...)

Schröder: (...) Ich möchte ganz zum Schluß ein paar positive Vibrations verbreiten: Ich finde es ja toll, daß so viele Leute sich für das Thema interessieren. Das ist nicht selbstverständlich. Das ist die zweitgrößte Veranstaltung von rund 280, die ich mitgemacht habe seit 1992. Es ist aber wichtig, daß das Thema

Antifaschismus nicht parteipolitisch vereinnahmt wird. Immer wenn eine Gruppe oder Partei das auf ihre Fahnen schreibt, inklusive der linksextremen Sekten, was weiß ich, DKP, MLPD oder wer da noch alles krecht und fleucht, ist Antifaschismus nicht ehrlich, weil das nur dazu dient, die eigenen Interessen durchzusetzen. (...) Wenn ich höre, daß der ehemalige APO-Anwalt Mahler jetzt bei den Nazis gelandet ist, wie kommt so etwas? (...)

Rommelspacher: Ich finde es schade, daß die Diskussion sich polarisiert hat auf die Frage von Extremismus, Gewalt und Gegengewalt. Die Frage ist ja, ob damit nicht genau von dem abgelenkt worden ist, was wir ständig kritisieren, nämlich daß das Problem auf die extremen Erscheinungsformen abgeschoben wird. Alle, die wir hier am Podium sitzen sagen,

ja, es hat mit den Strukturen und der politischen Kultur in dieser Gesellschaft zu tun. Und wenn ich zum Beispiel zitiert habe, daß in den letzten 10 Jahren die Studentinnen und Studenten insgesamt ein ganzes Stück nach rechts gerückt sind, dann wäre hier auch der Ort gewesen darüber zu diskutieren. (...)

Es ist schade, wenn wir die Rückeroberung der kulturellen Hegemonie oder Begriffsbesetzung, wie Burkhard



haben so etwas, und meines Wissens nach sind das nicht unbedingt die erfolgreichsten linken Bewegungen. Ich denke, was im Moment die Aufgabe ist, das ist zum einen, den rechten Vormarsch zurückdrängen. Ich denke da nicht nur an Nazis, sondern an die politische Kultur in diesem Land - mittlerweile muß man ja auch die Grünen miteinschließen. Und zum anderen: die Linken sammeln anhand der einenden Fragen, und nicht sich gegenseitig streiten, wie denn die Diktatur des Proletariats in detail nach der Revolution aussehen sollte.

Ich möchte in dem Zusammenhang noch auf eine Sache verweisen. Wir haben versucht unser Konzept Antifaschismus, das heißt theoretische Überlegungen und praktische Umsetzung, in einer Broschüre zusammenzufassen, die gibt es hier am Buchtisch. Und ich möchte nur noch auf einen Umstand aufmerksam machen: Die Broschüre hat 72 Seiten, Militanz wird auf einer halben Seite behandelt.

Schröder sagt, jetzt auf diese Gewaltdiskussionen und Extremismuskussionen reduzieren. Ich fände es sehr sinnvoll, wenn wir wirklich uns auf die Frage konzentrieren würden, wie Macht und kulturelle Hegemonie zurückerobert werden können.

Lukas: Ich glaube auch nicht, daß es in der jetzigen Situation notwendig ist, die Geschlossenheit eines revolutionären Programms auszuarbeiten. Es gibt ja durchaus Gruppierungen und Parteien, die